

Basler Liberale Nachrichten

UNABHÄNGIGE INFORMATIONSPLATTFORM - STIMMEN VON LINKS BIS RECHTS AUS DEM ZENTRUM EUROPAS

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

HINTERGRUNDINFORMATIONEN AUS GESELLSCHAFT, KULTUR, WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

6. Jahrgang Nummer 6/52

Basel, 26. Februar 2017



Bargeldabschaffung

Die biometrische Erfassung der Menschen schreitet weltweit voran

Advisers around Trump

President Trump has given his son-in-law the hardest job in the world: making peace in the Middle East. Does he have a prayer?

Russland

125,2 Millionen US-Dollar muss Russland noch zahlen, dann seien die Schulden aus der Sowjetzeit beglichen

Materielle Grundlagen der Macht

Die vielfache Planung und Steuerung der britischen und US-amerikanischen Politik durch elitäre Hintergrundkreise, insbesondere okkulte Gesellschaften

Inhalt

Editorial

Mein Brief an die Bundespräsidentin
USA: Fliegender Wechsel - Trumps Personal fliegt reihenweise
Die CIA verweigert dem Stellvertreter von General Flynn den Zugang zum NSC

Thema:

Bargeldabschaffung:

Die biometrische Erfassung der Menschen schreitet weltweit voran

Advisers around Trump

Jared Kushner's Mission Impossible

President Trump has given his son-in-law the hardest job in the world: making peace in the Middle East. Does he have a prayer?

Das Umfeld Trumps

Stephen Miller, US-Politikberater

Stephen Miller (* 1985 in Santa Monica, Kalifornien) ist als Donald Trumps Senior Advisor to the President of the United States einer der engsten Berater des Präsidenten und zudem dessen Redenschreiber. Miller prägte Trumps Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 2016 entscheidend mit. Zuvor war der als erzkonservativ geltende Miller u. a. Berater des designierten US-Justizministers Jeff Sessions gewesen.

USA

Hintergrund: Der lange Schatten der Sally Yates

Eine aufrichtige Juristin wird zur grossen Gefahr für US-Präsident Donald Trump.

Inhalt

Materielle Grundlagen der Macht

Die vielfache Planung und Steuerung der britischen und US-amerikanischen Politik durch elitäre Hintergrundkreise, insbesondere okkulte Gesellschaften, ist hier schon in mehreren Artikeln nachgewiesen worden. „In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war“, lautet ein bekannter Hinweis Franklin D. Roosevelts

Ex-US-Außenminister Henry Kissinger: „Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht gegeben“

„Der IS muss besiegt werden.“
„Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen.
Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht mehr gegeben.“

Deutschland Bundesbank schließt Goldverlagerungen aus New York erfolgreich ab

Die Bundesbank hat die Goldverlagerungen im vergangenen Jahr erfolgreich fortgesetzt. Im Jahr 2016 wurden über 216 Tonnen Gold von ausländischen Lagerstellen nach Frankfurt am Main verlagert, davon 111 Tonnen aus New York und 105 Tonnen aus Paris.

Russland Tilgt sämtliche Sowjetschulden

25 Jahre nach UdSSR-Zerfall - Hans Modrow: „Es sind langfristig große Risse da“
125,2 Millionen US-Dollar muss Russland demnach noch zahlen, dann seien die Schulden aus der Sowjetzeit beglichen. Der Betrag sei in der Haushaltsplanung für dieses Jahr vorgemerkt worden, habe es aus dem russischen Kabinett verlautet.

Futuristische Superlative Dubai probt Taxidrohnen und Marsbesiedlung

Für Innovation sind die Golfstaaten bekannt. Ein nun vorgestellter Plan zur Marsbesiedlung in hundert Jahren überrascht dennoch. Ebenso futuristisch wirken Drohnen, die Emiratis in wenigen Monaten von Wolkenkratzer zu Wolkenkratzer fliegen sollen.

Inhalt

NATO **Russland von Freunden umzingelt**

Von William Blum (ehemaliger Mitarbeiter des US-Außenministeriums) Es geht um Panzer, Schützenpanzerwagen und schwere Geschütze sowie um bis zu 5.000 Mann Personal. Die Technik ist für Litauen, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn bestimmt.

Rüstung **Suchoi 35-S Ein Luftüberlegenheitsjäger für die Schweiz?**

Technische Beschreibung eines Jagdbombers. Eine nicht-NATO-Rüstungsalternative für unser Land.

Schweiz **Rüstung: Russland, der ideale Rüstungslieferant für die Schweiz**

Während noch vor 1992 die Sowjetunion über eine ausgezeichnete Rüstungsindustrie verfügte, die moderne Waffen entwickelte und produzierte, wurde nach dem Ende des Kalten Krieges der Rüstungssektor Russlands unter dem Präsidium Jelzins vernachlässigt und beinahe stillgelegt.

BLN-Team
BLN-Links
BLN-Impressum

Nutzungsbestimmungen der „Basler Liberale Nachrichten“.

Editorial

Mein Brief an die Bundespräsidentin USA: Fliegender Wechsel - Trumps Personal fliegt reihenweise

Von Roland Keller / Herausgeber



Mein Brief an die Bundespräsidentin

Mein offener Brief an Bundespräsidentin Leuthard fand reges Echo - im Nichts. Der Brief wurde auch an Redaktionen, Politiker und Wirtschaftsführer verschickt - Reaktion Null.

Die skandalöse Absicht, die wichtigsten Ressource des Landes, das elementare Wasserrecht, an ausländische oder auch inländische Firmen zu verkaufen, scheint wohl „Liberale Marktwirtschaft“ zu sein. Statt das Thema zu diskutieren, hofft man, dass der „Offene Brief an die Bundespräsidentin“ im elektronischen Nirvana verschwindet.

Offensichtlich ist Geld wichtiger, als die Unabhängigkeit der Schweiz. Es scheint

niemanden zu interessieren - auch nicht unsere Liberalen. Schade!

USA: Fliegender Wechsel Trumps Personal fliegt reihenweise

Dass der ehemalige General Flynn seinen Posten räumen musste, sagt wenig über ihn aus, mehr aber über das administrative Umfeld Trumps, welches dieser nicht im Griff zu haben scheint.

Was ist passiert? Michael Flynn ist ein loyaler Offizier, der Trump nicht in den Rücken fiel. Wer aber Flynn in den Rücken fiel, waren die Spitzel der 16 Geheimdienste, welche schon seit langem Staat im Staate sind.

Hintergrund der Flynn-Affäre sollen Telefongespräche sein, welche der General mit dem russischen Botschafter Sergej Kisljak im Dezember 2016 geführt haben soll. Dies, bevor er in sein offizielles Amt eingesetzt wurde.

Zur gleichen Zeit hatte der scheidende Präsident Barack Obama wiederum neue Sanktionen gegen Russland verhängt. Moskau kündigte wenig später an, darauf nicht zu reagieren. Ein kluger Schritt der Regierung von Wladimir Putin.

Geheimdiplomatie

Nun stehen die Kritiker heuchlerisch auf der Matte und spielen die Unwissenden. Fakt ist, Flynn pflegte schon lange Kontakte zu den russischen Geheimdiensten und Generälen. Diese Eliten reden immer miteinander, weil es gar nicht anders geht. Sonst hätten wir längst einen zufälligen Atomkrieg.

Geheimdiplomatie ist das Werkzeug, um ein äusserst labiles geopolitisches Gleichgewicht aufrecht zu halten.

Alles war von langer Hand vorbereitet: Man kann davon ausgehen, Trump gab Michael Flynn den Auftrag, mit den Russen zu verhandeln, weil er von den ganzen Sanktionen nichts hält.

Er weiss nur zu gut: Sanktionierte Länder haben ihre Kanäle, um an blockierte Waren zu kommen. Nordkorea und der Iran sind das beste Beispiel. Ferner ist ihm als Geschäftsmann klar, Russland ist ein grosser Markt und ein Land, das auf keinen Fall destabilisiert werden darf. Nichts ist gefährlicher, als ein destabilisiertes Russland. Der lachende Dritte wäre China.

Die US-Administration ist geteilt in Pro-Russland und Contra-Russland.

Man hatte Michael Flynn schlicht auf-

laufen lassen. Seine Telefongespräche mit dem russischen Botschafter Sergej Kisljak konnten wohl abgehört werden. Aber Flynn ist aus dem Fach und weiss sehr wohl, was er am Telefon sagen kann.

Mit grosser Sicherheit kann man voraussagen: der Inhalt der Gespräche wird entweder nicht bekannt oder gibt nicht viel her. Nicht weil sie geheim wären - sie sind es ja nicht - sondern weil sie der Hebel waren um der Trump-Regierung und seiner Crew zu schaden. Man will Trump weg haben.

Nachfolger: Dreisterne-General Herbert Raymond McMasters. Ein Querdenker - und „russlandkritisch“.

McMaster werde kein Jasager sein, berichtete CNN.

Größter parteiinterner Kritiker Trumps, John McCain, zeigte sich zufrieden: „McMaster steht für Intellekt, Charakter und Talent, ich zolle Präsident Trump meine Anerkennung für diese Entscheidung“.

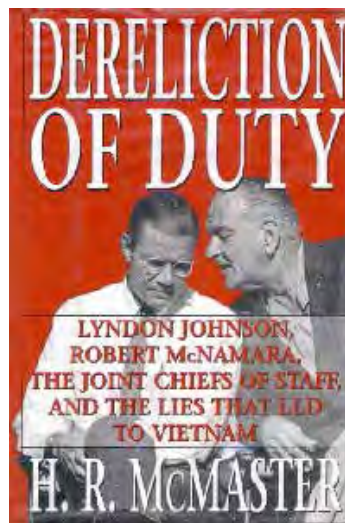
Herbert Raymond McMasters hat sich in einer mehr als drei Jahrzehnte langen Karriere beim US-Militär einen guten Ruf als Stratege, Intellektueller und als kritische Stimme geschaffen. Einsatz im Golfkrieg, in Afghanistan und im Irak. McMasters promovierte in Militärgeschichte.

In Teilen seiner Doktorarbeit widmet er sich dem Vietnamkrieg. Dort kritisiert er, dass die Armee sich dem politi-

schen Druck beugte und eine Strategie unterstützte, von der sie wusste, dass sie total falsch war. Das „Time“-Magazin 2014 setzte den General auf seine Liste der 100 einflussreichsten Menschen!

Kritik an Moskau

McMasters warf Russland vor, rechte Parteien in Europa zu finanzieren, den Krieg in Syrien und die Fluchtbewegungen durch das eigene Handeln noch verschärft zu haben.



Zum Irakkrieg wird wurde McMasters folgendes Zitat zugeschrieben:

«Jedes Mal, wenn Ihr einen Iraker respektlos behandelt, arbeitet Ihr für den Feind.»

Falls er sagt, was er denkt und auch entsprechend handelt, hätte Trum einen Gentlemen in seiner Crew.

Die CIA verweigert dem Stellvertreter von General Flynn den Zugang zum NSC

Die CIA hat Robin Townley die zum Beirat des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) notwendige Akkreditierung für Verteidigung nicht erteilt.

Robin Townley war als erster Assistent des Nationalen Sicherheitsberaters, General Michael Flynn, vorgesehen.

Er sollte innerhalb des NSC den Direktorenposten für Afrika übernehmen, wurde aber zum Rücktritt gezwungen. Dieser Beschluss der Agentur ist die gezielte Antwort auf das Memorandum von Präsident Trump, mit dem er dem permanenten Sitz des Direktors der CIA im NSC ein Ende gesetzt hat.

Nach Angaben der Agentur hätte sich Michael Flynn mit seiner Bekanntgabe an den Diplomaten, eines „Spionage-Delikt“ schuldig gemacht, ungeachtet der bereits zuvor schon öffentlich bekannten Erklärung von Donald Trump,

Gleichzeitig versucht die CIA zu beweisen, dass die von General Flynn vor der Präsidentschaftswahl aufgenommenen Kontakte mit dem Botschafter von Russland, Sergej Iwanowitsch Kislyak, ein föderales Verbrechen darstellen.

Falls die CIA ihr Ziel erreichen sollte, würde der Nationale Sicherheitsberater verhaftet werden.

“Turmoil at the National Security Council, From the Top Down”, David Sanger, Eric Schmitt, and Peter Baker, The New York Times, February 12, 2017.

Quelle: voltairenet

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES WOCHENMAGAZIN SONDERAUSGABE

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

**GLOBALISIERUNG
MASSIV EINSCHRÄNKEN!**

**Dringende Begrenzung der
schädlichen Einflüsse
erzwungener Globalisierung**

Laden Sie die Sonderausgabe ab unserer Homepage herunter.

<http://basler-liberale-nachrichten.ch/bln-sonderausgaben.html>

Bargeldabschaffung: Die biometrische Erfassung der Menschen schreitet weltweit voran

In den letzten Wochen wurden bereits mehrere Artikel zu Indien und der dort stattfindenden Bargeldabschaffung, in Kombination mit der biometrischen Erfassung der Bevölkerung (Aadhaar) geschrieben.

Zwischenzeitlich werden die Zusammenhänge zwischen der angestrebten Bargeldabschaffung und der biometrischen Identifikation der Menschen immer klarer. Die Regierungen versuchen weltweit die bargeldlose Gesellschaft einzuführen, die dann per biometrische Merkmale wie Fingerabdruck oder Iris Scan ihre täglichen Transaktionen legitimieren soll.

So wurde letzte Woche bekannt, dass eines der Schlüsselgremien, die der indischen Regierung bei der Implementierung des gewollten „digitalen Bezahlökosystems“ (das übriges durch niemand geringeren als US-Aid gesponsert wird), als Berater zur Seite steht, der indischen Regierung rät, dass diese die nationale biometrische

Identifikationsdatenbank mit den Steuererrückerstattungen verbindet. Ergo ohne eine solche ID kann also zukünftig niemand mehr seine Steuer erklären oder gar auf Rückerstattung in Indien hoffen.

Doch damit noch nicht genug. Indien soll an einem biometrischen Bezahlssystem arbeiten, dass in direkter Verbindung zur persönlichen ID-Nummer (siehe Aadhaar) eines jeden Bürgers steht. Also genau das, was Kritiker schon seit längerem befürchtet haben.

Wir erleben gerade weltweit die Transformation einer Bargeldgesellschaft in eine bargeldlose, die dann mittels eines biometrischen ID-Netzes in ein bargeldloses Biometrienetz gezwungen wird, in dem jeder per Knopfdruck „finanziell ausgeschaltet“ werden kann. Es handelt sich anscheinend um einen koordinierten weltweiten Plan, ein biometrisches ID-System einzuführen, um jeden Menschen auf der Welt kontrollieren, überwachen und damit steuern zu können. Abgesehen davon, dass

das Schuldgeldsystem zum weiteren Überleben das Bargeld abschaffen muss.

Wenn man sieht, wie schnell die neuen biometrischen Datenbanken weltweit eingeführt werden, erkennt man, dass es sich nicht nur um Indien handelt, dass hier „vorbereitet“ wird, in eine bargeldlose, überwachte Gesellschaft transformiert zu werden:

Albanien: seit 2009 Ausgabe einer biometrischen ID-Karte inkl. Fingerabdruck und einem digitalen Foto neben weiteren biometrischen Daten ([Link](#))

Australien: seit 2005 Ausgabe biometrischer Reisepässe, Einsatz von Fingerabdrücken in Schulen zur Anwesenheitskontrolle ([Link 1](#), [Link 2](#), [Link 3](#), [Link 4](#), [Link 5](#))

Bermuda: seit Juni 2016 Ausgabe biometrischer Reisepässe, die in Großbritannien hergestellt/gedruckt werden ([Link](#))

Bolivien: bereits 2009 Einsatz einer Wählerliste beruhend auf biometri-

schen Daten; 2016 Durchführung eines Zensus inkl. Erfassung biometrischer Daten (Link 1, Link 2)

Bulgarien: seit März 2010 Ausgabe biometrischer Ausweise, Reisepässe und Führerscheine (Link 1, Link 2)

Brasilien: seit 2011 Ausgabe biometrischer ID-Karten sowie die biometrische Erfassung aller Wähler für zukünftige Wahlen (Link 1, Link 2, Link 3)

Chad: EU fördert ein Programm zur biometrischen Erfassung aller Flüchtlinge bzw. Rückkehrer (Link)

Chile: seit 2013 Ausgabe einer eID-Card, die Fingerabdrücke und Gesichtserkennungsmerkmale beinhaltet (Link)

China: 2016 Einführung des ersten biometrischen Einreisensystems, das am Flughafen Boarding Passes mit den Gesichtern verknüpft (Link)

Deutschland: seit 2005 Ausgabe biometrischer Reisepässe (derzeit noch freiwillig) und seit 2011 Ausgabe biometrischer Aufenthaltsgenehmigungen inkl. eines digitalen Bildes und zweier Fingerabdrücke (Link 1, Link 2, Link 3)

Finnland: seit 2012 Ausgabe biometrischer Aufenthaltsgenehmigungen inkl. digitalem Foto und zweier Fingerabdrücke (Link)

Frankreich: seit 2009 Ausgabe eines biometrischen Reisepasses inkl. Digitalbild und acht Fingerabdrücken (Link)

Griechenland: Einführung einer biometrischen ID noch in diesem Jahr (Link 1, Link 2)

Großbritannien: Blair und Brown planten ein Nationales Identitätsregister und ein ID-Card-System, die auf massiven Widerstand trafen, daher derzeit nur biometrische Erfassung der ausländischen Einwohner des Landes; jedoch Ausgabe eines biometrischen Reisepasses (Link 1, Link 2, Link 3, Link 4)

Indien: biometrische Erfassung aller Bürger (Fingerabdrücke und Iris Scans) (Link 1, Link 2)

Irak: seit 2016 Ausgabe einer nationalen ID-Karte mit biometrischen Merkmalen (Link 1, Link 2)

Israel: 2009 Verabschiedung des Biometric Database Law zur Implementierung einer nationalen biometrischen ID-Datenbank; Juli 2016 Abschluss der Testphase (Link 1, Link 2, Link 3)

Japan: seit 2007 Zwangsabgabe von Fingerabdrücken und Digitalbildern bei der Einreise; geplante Einführung eines biometrischen Bezahlsystems (Link 1, Link 2)

Jemen: 2014 Bekanntgabe der Regierung, eine biometrische Wahlplattform einsetzen zu wollen, die bei den nächsten Wahlen und Referenden eingesetzt werden soll (Link)

Kanada: Grenzkontrollprogramm (Kanada-USA) NEXUS zur Identifizierung der Reisenden mittels Iris Scans; seit 2015 müssen alle Einreisenden nach Kanada Fingerabdrücke und digitale Fotos abgeben (Link 1, Link 2, Link 3)

Kenia: seit 2012 Erfassung der Wähler mittels biometrischer Daten; seit 2015 Einführung eines biometrischen Registrierungssystems für alle Bürger ab 12 Jahren (Link 1, Link 2)

Kuwait: 2015 Verabschiedung eines Gesetzes, das alle Bürger und Besucher des Landes DNA-Proben für eine nationale Datenbank bereitstellen müssen; aufgrund massiver Protest gab der Emir von Kuwait im Oktober 2016 bekannt, dass man eventuell das Gesetz nochmals überarbeiten wolle (Link 1, Link 2)

Luxemburg: entsprechend den EU-Vorgaben gibt das Land nur noch biometrische Reisepässe inkl. Digitalbild, zweier Fingerabdrücke und einer digitalen Unterschrift aus (Link)

Mexiko: seit 2011 Ausgabe von biometrischen ID-Karten an alle Kinder zwischen 4 und 17 Jahren, inkl. einem Digitalbild, einem Fingerabdruck und einem Iris Scan; es ist geplant dies auf die gesamte mexikanische Bevölkerung auszuweiten (Link 1, Link 2)

Niederlande: seit 2009 Ausgabe biometrischer Reisepässe inkl. digitalem Foto und Fingerabdrücken (Erfassung von acht Fingerabdrücken, obwohl die EU nur zwei fordert) (Link 1, Link 2, Link 3, Link 4)

Neuseeland: seit 2011 „Voice ID“ zur Identifizierung der „Kunden der Regierung“ mittels Spracherkennung; 2015 haben sich bereits 1,4 Mio. der 6,1 Mio. Steuerzahler dafür registriert (Link 1,

Link 2)

Nigeria: Abschluss eines Vertrages mit der Firma Bio-Metrica zur Erfassung der Fingerabdrücke und Gesichtserkennungsdaten für den 2018er Zensus

(Link)

Paraguay: seit 2009 Daumenabdruck und Digitalbild bei Reisepässen und ID-Karten (Link 1, Link 2)

Peru: 2016 Bekanntgabe eines 3-Jahres-Programms zur Ausgabe von 1,6 Mio. biometrischer Reisepässe (Link)

Sambia: 2015 Bekanntgabe für biometrische nationale Registrierungskarten für die Wahlen in 2016 (Link)

Saudi-Arabien: seit 2015 Speicherung biometrischer Daten (inkl. Fingerabdrücke) aller Bürger in einem zentralen System; ebenfalls seit 2015 Einführung einer biometrischen Grenzkontrolle (Link 1, Link 2)

Sierra Leone: 2017 biometrische Erfassung aller Wähler für die Wahlen in 2018 zum Aufbau eines Wählerverzeichnisses (Link)

Südkorea: seit 2012 Erfassung Fingerabdrücke und Digitalbilder der meisten einreisenden Ausländer (Link)

Schweiz: seit 2010 Ausgabe eines biometrischen Reisepasses inkl. zweier Fingerabdrücke und eines Digitalfotos (Link)

Ukraine: seit 2012 verpflichtender Besitz eines biometrischen Reisepasses (Link)

USA: Exekutive Order vor wenigen Tagen von Donald Trump zur Errichtung eines biometrischen Ein-/Ausreisystems; seit Jahren Erfassung der Fingerabdrücke von Ausländern bei der Einreise mit Speicherung der Daten für 75 Jahre (!); zudem Ausgabe biometrischer Reisepässe und das Programm NEXUS (siehe Kanada) (Link 1, Link 2, Link 3, Link 4, Link 5)

Uruguay: 2013 Ausschreibung für eine neue „eID-Lösung“; seit 2014 arbeitet die Firma Gemalto an der Umsetzung (Link)

Zimbabwe: 2017 Beginn der biometrischen Erfassung aller Wähler in einem Register für die Wahlen in 2018 (Link)

Schöne neue Welt...

Quellen:

The Biometric ID Grid: A Country-by-Country Guide

Episode 313 – Demonetization and You
Indian Government Mulls Linking Biometric ID Program to Tax Returns

A well-kept open secret: Washington is behind India's brutal experiment of abolishing most cash

Indian govt to launch Aadhaar Pay service

The War on Cash: A Country by Country Guide

Advisers around Trump

Jared Kushner's Mission Impossible

President Trump has given his son-in-law the hardest job in the world: making peace in the Middle East. Does he have a prayer?

By Annie Karni

In the heat of the presidential election last summer, Jared Kushner took a timeout from his father-in-law's campaign for a secret meeting with one of Hillary Clinton's biggest donors.

For about 90 minutes at a New York hotel, Kushner sat down with Haim Saban—the billionaire “Mighty Morphin Power Rangers” producer and owner of Univision and one of the Democratic Party's biggest pro-Israel donors—to talk about Israel.

Kushner had been interested in meeting the Israeli-American entertainment mogul for years but had never before gotten on his radar. In 2010, Kushner cold-wrote Saban a letter expressing his admiration and congratulating him on a magazine feature. The letter had gone unnoticed and unanswered until now.

At their under-the-radar confab, Kushner assured Saban that a President Donald Trump would be “very good for the U.S.-Israel relationship,” a phrase he repeated multiple times during the meeting, according to a person familiar with the discussion. But he offered no



specifics on what, exactly, that would look like. Nor was it clear why Kushner wanted to speak during the heat of the election season with Saban, who donated \$10 million to a pro-Clinton group and was deeply involved in her campaign, peppering her staff with emails offering advice on how to attack Trump, a man he had called a “conman, a liar, a cheat, a thief.”

Saban confessed to Kushner that he thought Trump was offering a free ride to Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu on policies like expanding West Bank settlements. Clinton, he

said, would take a more balanced approach.

“Who knows?” Kushner responded.

Today, Kushner, 36, a former New York City real estate developer with a serene smile and bottomless ambition but no foreign policy experience, has been tasked with solving one of the most intractable problems in the world, bedeviling Republican and Democratic administrations for decades: brokering peace in the Middle East.

Kushner, an Orthodox Jew from a tight-knit New Jersey family that has given money to support settlements in the West Bank and made political donations to many Israeli causes, will be at the table with Trump and Netanyahu on Wednesday for their first meeting in the White House, according to a senior administration official.

“All my life I've been hearing that's the toughest deal in the world to make,” Trump told a crowd of donors at the Candlelight Dinner on the eve of his inauguration last month. Turning to his son-in-law, he said, “If you can't produ-

ce peace in the Middle East, nobody can.”

Few in Trump’s own camp seem confident. Even as his pro-Israel allies celebrate the exit of Barack Obama, a president they viewed as dangerously hostile to Israel’s interests and accused of harboring pro-Palestinian sentiments, there’s a sense among them that now is not the right time to push for Middle East peace, and an undercurrent of concern that Trump’s appetite for a deal might get him—and Kushner—into trouble.

“It’s an impossible deal,” said Mort Klein, the national president of the right-wing Zionist Organization of America, which backed Trump’s campaign and is funded in part by billionaire Sheldon Adelson. “Of course Trump believes that he is the great dealmaker, but the problem is that it’s a religious war. He’s just wrong.”

And for the foreign policy establishment, as Trump and Kushner prepare for Netanyahu’s visit—Kushner and his family traveled to Mar-a-Lago over the weekend with the president—the powerful son-in-law’s own words appear to sum up what many national security hands think as they try to puzzle out the new administration’s plans for the Middle East: “Who knows?”

Kushner has left few clues to his thinking, declining to broach the subject with veterans of the peace process like former Secretary of State Henry Kissinger, who has spoken with him several times. “It’s not clear to me in what way he’s in charge of it, whether he’s in charge of it with supervision from the

White House, or whether he’s supposed to be the actual negotiator. Nor has it been defined what they’re negotiating about,” Kissinger said in an interview.

Since the election, the Trump administration has soft-pedaled its promise to move the Israeli embassy to Jerusalem, and it has tempered its language on settlements, releasing a carefully worded statement—crafted with Kushner’s help—that said new settlements beyond the current borders “may not be helpful” in achieving the goal of peace. Trump followed up with an interview in a Sheldon Adelson-backed Israeli newspaper, where he said: “I am not somebody that believes that going forward with these settlements is a good thing for peace.”

Middle East experts interpreted the softening of Trump’s campaign rhetoric simply as a desire not to get ahead of the meeting with Netanyahu and a message to the Israelis not to take the new Trump administration for granted, or to prejudge the strategy.

In preparation for the visit, Kushner has spoken to Yousef Al Otaiba, the United Arab Emirates ambassador to the United States, as well as the king of Jordan, Abdullah II, and representatives from Saudi Arabia and Egypt. He has also spoken with the Israeli ambassador to the United States, Ron Dermer, an aide so close to the prime minister that he’s been dubbed “Bibi’s brain.”

But Kushner has really hit it off with Arab diplomats. He is in almost constant phone and email contact with Otaiba, whom he met last June on the campaign through a mutual friend, the

billionaire real estate investor Tom Barrack, one of Trump’s closest friends and the chair of his inaugural committee. Otaiba—a shrewd, well-connected player of Washington politics who has served in his role since 2008—recalled their first 90-minute meeting, at which Kushner peppered him with questions about the entire region.

“He focuses on big, strategic thoughts,” Otaiba said. “He did all the asking, and I did all the talking.”

In the past, would-be American peacemakers in the Middle East have been detail-oriented men. Kissinger made famous the phrase “shuttle diplomacy” for his extraordinarily intensive style of personal negotiation; Dennis Ross, who led Bill Clinton’s ill-fated peace push in the 1990s, kept voluminous notes of his meetings with Israeli and Palestinian leaders and penned a 900-page memoir documenting those efforts. Conversations with Washington’s small army of experts on Middle East peace talks can be a blur of minutiae—What if we tweaked this border line here? How many flowerpots should be allowed over there? What if we traded this patch of desert for this barren hilltop?

Kushner, so far, seems very much the opposite—a big-picture guy who avoids getting bogged down in the weeds. And he’s taken the same approach in other areas of his expansive, virtually unlimited portfolio within Trump’s world. In a meeting with House Speaker Paul Ryan’s office about health care, for instance, Kushner was not concerned with granular policy details, according to an attendee. Instead, sea-

ted at a table alongside Vice President Mike Pence and White House advisers Gary Cohn and Rick Dearborn, Kushner's main concern was the president's overall bottom line: How can we say it's a better plan? How are we going to say we lowered costs?

When it comes to the Middle East, according to people who have spoken to Kushner about the subject, his focus again is through the zoomed-out lens: How do we deliver peace and prosperity? How do countries fit together in the region? "He rarely comes with a preconceived opinion," said Otaiba. "His overall framework is about defeating extremism."

Yet there is a hard edge to Kushner's Middle East thinking, too, and not just via his parents. Kushner's views on Israel have been forged by friendships and by his faith—people like longtime friends like Ron Perelman, whose semi-private Orthodox shul Kushner and Ivanka Trump attended regularly in Manhattan; and right-wing celebrity Rabbi Shmuley Boteach, a friend of Kushner's for years who endorsed Trump's presidential campaign. Perelman is a big donor to Jewish causes and cares deeply about repairing the United States' relationship with Israel.

But even those longtime confidants said they do not think Israel is—or should be—top of mind for Kushner at the moment. "He's highly respected by Israeli government officials, who have become close to him," said Boteach. "But I'm sure there's no one in the administration that believes this has to be its top priority right now."

Boteach, who still has Kushner's ear, is pushing an agenda that puts peace between the Israelis and the Palestinians on the back burner for the time being. "The emphasis should not be Israel and the Palestinians—the administration can make history by making peace between Israel and the Gulf states," he said. "I think the key is peace between Israel and Saudi Arabia."

It's a similar message to what the administration is hearing from other Jewish leaders who have contacts in the White House: Slow down. Klein, who recently blasted the administration for leaving Jews out of a statement condemning the Holocaust, said he has told White House officials in multiple conversations over the past few months: "It's an impossible deal because it's a religious war. I've told them Israel shouldn't be pressured to make one-sided concessions." Their response, he said, was similar to how Kushner spoke with Saban last summer. "They simply say, 'You know we are a supporter of Israel and we will be Israel's friend,'" Klein said.

What kind of Middle East dealmaker might Kushner be? The best guide we have may be his career as a real estate mogul, and the record is mixed. His family's largest purchase, of 666 Fifth Avenue in 2007, for a record-setting price of \$1.8 billion, was highly leveraged and quickly ran into trouble—only in part because of the recession. In October 2013, Kushner and a group of investors purchased five Brooklyn properties for \$375 million—about \$50 million more than the seller expected to get. After Kushner's company failed to ob-

tain a residential rezoning, many of the commercial spaces in the buildings near the Brooklyn waterfront sat vacant for months. (However, the development is now mostly full of commercial tenants and is thriving.)

Now, his old competitors in New York City are watching carefully to see whether his negotiating skills prove better on the international stage than they did within the five boroughs.

But so far, despite his reach out to Arab nations and his efforts to understand the big picture, Kushner has apparently made no attempt to seek granular guidance from some of the longtime experts on the issue—like Middle East peace negotiator Ross, who served not only under Bill Clinton but also under Presidents George H.W. Bush and Obama, where he served as an adviser to the State Department and the National Security Council. Few know more than Ross about the intricacies of the peace process, or about the personality quirks of the various key players on both sides.

"Obviously, I'm ready to brief anybody who has a responsibility or an interest in the issue," Ross said in an interview, noting that the only people who have reached out to him so far were some members of Trump's transition team who did not follow Trump into the administration. "I'm writing things in public. When you do that, you're hoping to offer a set of ideas that can be seen. They will decide who they're interested in talking to and when they're interested in talking to them."

Ross' writings caution Trump's team

against moving the Israeli embassy just when they need Arab states to play a larger role fighting ISIS. But Ross isn't dismissive of Kushner as a potential peace broker, despite the vast gulf between their levels of experience.

"He'll be seen as being authoritative," he said. "What I could tell you is in this part of the world, if you don't have it, they smell it. In this case, what will give him automatic entry is the perception that he's very close to the president."

But so much of Kushner and Trump's plans are still in the "who knows" phase. More than half a dozen foreign policy experts looking for clues about White House policy and personnel who will be focused on the Middle East noted that Kushner seems to have his hands full with the day-to-day—he's attending meetings with congressional leaders and is often on hand for photo-ops after executive order signings in the Oval Office.

"If he's going to play this role, it will require a lot of time and attention," said Ross. "Maybe he creates a small team that has responsibility for this. We don't know any of that. We don't know where this fits in, in terms of priorities."

Kissinger, who met in Trump Tower with the president-elect and Kushner during the transition, said he has spoken with Kushner a handful of times—but the Middle East has never come up in their discussions. "We discussed some organizational problems, and some policy problems in other areas of the world but in a general way," Kissinger said.

White House officials said Kushner's

main asset to the process is coming to the table as someone who clearly has the president's ear. "The question is, does he have the full confidence and trust of the president, and the answer is yes," said a senior White House official, who argued that Kushner's natural skills as a listener are more important than any expertise in the region.

Kushner may have a longer personal connection to Israel—Netanyahu has been close to his father, Charles Kushner, since he was a kid—but he is not the only senior White House adviser with views on the subject. Senior strategist Steve Bannon spearheaded the launch of Breitbart Jerusalem in his old job as chairman of the right-wing news outlet. The idea for the site was to balance what was viewed by the far right as the anti-Israel bias of the mainstream media—and Bannon wanted to send a message, at the time of its launch, by calling the vertical "Breitbart Jerusalem," not "Breitbart Israel." Bannon and Kushner are seen as allies, aligned in their thinking, when it comes to the Middle East.

Even with so many questions unanswered, foreign policy experts are willing to give Kushner the benefit of the doubt, in part because expectations are so low.

"Nobody who is experienced in Middle East issues has been able to resolve this," said Kori Schake, a former official in the George W. Bush State Department who went public last year with her support for Hillary Clinton and co-authored a book with Defense Secretary James Mattis. "A fresh pair of eyes by somebody unencumbered might

actually be able to shake some new things free. And so much of the Israeli-Palestinian negotiations are about real estate."

Kushner can only influence his father-in-law so much—on Mexico, where Kushner was reportedly tasked with patching up a relationship damaged by an early skirmish over Trump's idea for a border wall, the president has already overruled him, or scuttled his attempts at diplomacy, through aggressive statements and tweets. Diplomacy in the Middle East is even more complicated, with volatile politics and powerful inside players like the Saudis, who won't take kindly to perceived slights or broken promises.

Kushner seems aware of the limits of his power. At his meeting with Saban, where they steered clear of talking about the election, the Clinton megadonor tried to glean a little bit of competitive information from Trump's top campaign adviser. "What can we expect at the debates?" Saban asked.

Kushner gave his enigmatic smile. "Who knows?"

Quelle:
<http://www.politico.com/magazine/story/2017/02/jared-kushners-mission-impossible-214770>

Das Umfeld Trumps

Stephen Miller

US-Politikberater

Von div. Quellen



Stephen Miller (* 1985 in Santa Monica, Kalifornien) ist als Donald Trumps Senior Advisor to the President of the United States einer der engsten Berater des Präsidenten und zudem dessen Redenschreiber. Miller prägte Trumps Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 2016 entscheidend mit. Zuvor war der als erzkonservativ geltende Miller u. a. Berater des designierten US-Justizministers Jeff Sessions gewesen.

Der aus einer liberal-jüdischen Familie stammende Stephen Miller wuchs in Santa Monica im US-Bundesstaat Kalifornien auf. Miller besuchte zunächst die Santa Monica Highschool. In einem Lokalradio beschwerte er sich regelmäßig über seine liberale Highschool, in Zeitungskolumnen wettete er gegen Political Correctness. Er kritisierte die Ausgabe von Kondomen an Minderjährige, die Zulassung eines Clubs für Homosexuelle und den aus seiner Sicht zu nachlässigen Umgang mit dem Pledge of Allegiance, dem an US-Schulen üblichen Treuegelöbnis auf Nation und Flagge. Nach seiner Schulzeit studierte

Miller Politikwissenschaften an der Duke University in North Carolina und schloss sein Studium 2007 mit einem Bachelor ab. In einem Artikel für eine Studentenzeitung beschrieb sich Miller als „zutiefst überzeugter Konservativer, der es als seine Pflicht empfindet, der Linken die Stirn zu bieten“.

Als Millers politischer Mentor gilt seit seiner Schul- und Studienzeit David Horowitz, der ebenfalls erzkonservative Gründer der Students for Academic Freedom. Während seines Studiums und der gemeinsamen Zeit in einer konservativen Studentenorganisation begann Millers bis heute anhaltende Freundschaft zu Richard Spencer, dem Publizisten und Gründer der rechtsnationalen Bewegung Alt Right.

Nach seinem Universitätsabschluss ging Miller nach Washington D.C. Dort arbeitete er zunächst als Pressereferent für die damalige republikanische Abgeordnete Michele Bachmann, die der erzkonservativen Tea-Party-Bewegung nahe steht. Anschließend stellte

der als Hardliner bekannte Senator Jeff Sessions den aufstrebenden Politprofi als Kommunikationsdirektor ein. Als Sessions Berater kämpfte Miller etwa gegen eine Lockerung der Einwanderungsgesetze und warnte vor den Gefahren eines radikalen Islams. Zudem beschäftigte er sich mit den von Sessions angeprangerten Defiziten der republikanischen Partei in der Kommunikation mit den amerikanischen Arbeitern.

Berater von Donald Trump

Im Januar 2016 wechselte Miller zunächst als Senior Policy Advisor ins Wahlkampfteam von Donald Trump. Zudem übernahm der als begnadeter Redenschreiber geltende Miller als Chief Speechwriter maßgeblich das Verfassen von Ansprachen während Trumps Wahlkampfkampagne im US-Präsidentschaftswahlkampf 2016. Laut Trump spielte Miller im Wahlkampf eine „zentrale und weitreichende Rolle“. Im August 2016 wurde Miller von Trump zusätzlich zum Leiter des Wirtschaftsrates (Economic Advisory Council) von

Trumps Wahlkampagne ernannt. Im Dezember 2016 wurde Miller schließlich neben Jared Kushner zum Senior Advisor to the President of the United States (Chefberater des US-Präsidenten) berufen. Unter anderem schrieb Miller mit Trump-Berater Steve Bannon die umstrittene und mit dystopischen Begriffen versehene Rede zur Amtseinführung von Donald Trump am 20. Januar 2017.

Kritiker werfen Miller u.a. vor, „Trumps Flammenwerfer“, „Trumps Brandbeschleuniger“ und „der Mann, der hinter Trumps Rhetorik steckt“ zu sein.

Einzelnachweise

Daniel C. Schmidt: Redenschreiber des Präsidenten - Trumps Flammenwerfer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 19. Februar 2017, abgerufen am 10. Februar 2017.

Jill Colvin: Redenschreiber Stephen Miller - Der Mann, der hinter Trumps Rhetorik steckt. Associated Press (AP), heute.de, 19. Januar 2017

Julia Ioffe: The Believer. Politico Magazine, 27. Juni 2016

Who Is Stephen Miller, the Jewish Adviser Behind Trump's ‚American Carnage‘? Haaretz, 23. Januar 2017

Jill Colvin: Redenschreiber Stephen Miller - Der Mann, der hinter Trumps

Rhetorik steckt. Associated Press (AP), heute.de, 19. Januar 2017

Joseph Hausner: Stephen Miller - Trumps Brandbeschleuniger - Der Mann hinter Donalds Reden. Focus online, 20. Januar 2001

Dan Marica: White House policy director: From campaign hype-man to Oval Office influence CNN, 1. Februar 2017

Who Is Stephen Miller, the Jewish Adviser Behind Trump's ‚American Carnage‘? Haaretz, 23. Januar 2017

Robert Costa: Top Sessions aide joins Trump campaign. Washington Post, 25. Januar 2016

Who Is Stephen Miller, the Jewish Adviser Behind Trump's ‚American Carnage‘? Haaretz, 23. Januar 2017

Jim Tankersley: Donald Trump's new team of billionaire advisers could threaten his populist message. Washington Post, 5. August 2016

Who Is Stephen Miller, the Jewish Adviser Behind Trump's ‚American Carnage‘? Haaretz, 23. Januar 2017

David A. Graham: Alternative Facts - The Needless Lies of the Trump Administration. The Atlantic, 22. Januar 2017

Chloe Farand: Donald Trump did not write his inauguration speech, White

House admits. The Independent, 22. Januar 2017

Daniel C. Schmidt: Redenschreiber des Präsidenten - Trumps Flammenwerfer. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Januar 2017

Joseph Hausner: Stephen Miller - Trumps Brandbeschleuniger - Der Mann hinter Donalds Reden. Focus online, 20. Januar 2001

Jill Colvin: Redenschreiber Stephen Miller - Der Mann, der hinter Trumps Rhetorik steckt. Associated Press (AP), heute.de, 19. Januar 2017

USA

Hintergrund: Der lange Schatten der Sally Yates

Eine aufrichtige Juristin wird zur grossen Gefahr für US-Präsident Donald Trump.



Presseschau: BLICK vom 15.2.2017

Die Staatsanwältin Sally Yates eröffnete am 12. Januar eine Untersuchung gegen Michael Flynn. Sie wollte wissen, ob er als Privatmann diplomatische Tätigkeiten unternahm, was in den USA illegal ist. Am 30. Januar entliess Donald Trump sie.

Rache ist bekanntlich süss.

Und Rache scheint einer der Treiber zu sein rund um die Russen-Connection

von US-Präsident Donald Trump (70). Eine zentrale Figur ist Sally Yates (56), Juristin aus Atlanta und seit 1989 tadellos als Staatsanwältin für die US-Regierung tätig. Zuletzt als kommissarische Justizministerin – als höchste Juristin Amerikas.

Am 30. Januar entliess sie US-Präsident Trump. Angeblich, weil Yates sich weigerte, Trumps Einreisestopp für

Bürger aus sieben mehrheitlich muslimischen Ländern umzusetzen (BLICK berichtete).

Doch nun erhält die Entlassung von Yates eine weit brisantere Bedeutung. Der Verdacht liegt nahe, dass Trump sie zurückbinden wollte, um die Russen-Connection zu vertuschen.

Bereit am 12. Januar leitete Yates eine Untersuchung gegen Ex-General Mi-

chael Flynn (58) ein. Damals war Barack Obama (55) noch US-Präsident und Flynn ein Privatmann mit der Aussicht, unter Trump Nationaler Sicherheitsberater zu werden.

Yates vermutete, Flynn habe ein Verbrechen begangen.

Gemäss «Logan Act» ist es Amerikanern untersagt, sich als Privatperson diplomatisch zu betätigen.

Flynn hat Yates angelogen

Genau das tat Flynn Ende Dezember. Er telefonierte mit dem russischen Botschafter in den USA, mit Sergei Kisljak (66). Die beiden redeten über die US-Sanktionen gegen Russland. Später sagte Flynn, das Telefonat sei belanglos gewesen.

Nur: Es wurde aufgezeichnet. Justizministerin Yates las das Transkript. Sie merkte, Flynn hatte sie angelogen.

Am 26. Januar – Trump ist mittlerweile US-Präsident – warnte Yates den Anwalt des Weissen Hauses, Flynn sage nicht die Wahrheit. Sie habe angeordnet, die Verbindungen zwischen Flynn und der russischen Regierung zu untersuchen. Vier Tage später feuerte Trump sie.

Wollte Trump eine ihm gefährliche Beamtin kaltstellen? Und die gefährliche Russia Connection unter den Teppich kehren?

Es gelang ihm nicht. Seit Wochen tröp-

eln Informationen über das Gespräch zwischen Flynn und Kisljak an die Öffentlichkeit – und zwar aus Kreisen des Justizministeriums.

Leck im Justizministerium

Die Vermutung liegt nahe, dass die aufrichtige Juristin Yates die Medien informiert, damit echte Verbrechen aufgedeckt werden.

Oder aber Beamte im Justizministerium sühnen die Entlassung von Yates.

Am Montag berichtete die «Washington Post», das Justizministerium glaube, Flynn könne von Russland erpresst werden.

Das war zu viel. Flynn musste gehen. Trump gestand, er hab schon seit zwei Wochen gewusst, dass Flynn ihn angelogen habe.

Los ist Trump die russische Hypothek damit nicht. Die «New York Times» berichtete heute, Trumps Berater seien während des Wahlkampfs mit russischen Spionen in Kontakt gewesen. Erneut liessen Beamte aus dem US-Justizministerium die Informationen durchsickern.

Obwohl er vor über zwei Wochen entlassen hat, liegt der lange Schatten von Sally Yates weiter über Trump.

Publiziert am 15.02.2017 | Aktualisiert am 15.02.2017

Bildquelle: getty images

Sally Quillian Yates (* 20. August 1960 in Atlanta, Georgia) ist eine US-amerikanische Juristin. Sie war von 2015 bis 2017 United States Deputy Attorney General (deut. „Stellvertretende Generalstaatsanwältin der Vereinigten Staaten“) und übernahm vom 20. Januar 2017 bis zu ihrer Entlassung durch Präsident Trump am 30. Januar 2017 geschäftsführend das Amt des United States Attorney General („Justizministerin“).

Materielle Grundlagen der Macht

Die vielfache Planung und Steuerung der britischen und US-amerikanischen Politik durch elitäre Hintergrundkreise, insbesondere okkulte Gesellschaften, ist hier schon in mehreren Artikeln nachgewiesen worden.[1] „In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war“, lautet ein bekannter Hinweis Franklin D. Roosevelts

Von Herbert Ludwig

Die vielfache Planung und Steuerung der britischen und US-amerikanischen Politik durch elitäre Hintergrundkreise, insbesondere okkulte Gesellschaften, ist hier schon in mehreren Artikeln nachgewiesen worden.[1] „In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war“, lautet ein bekannter Hinweis Franklin D. Roosevelts, der es als aktiver Freimaurer und US-Präsident wissen musste. Geostrategische Planungen solcher Kreise erscheinen oft in Zeitschriften oder Büchern im Gewande von Satiren oder weitsichtigen, genialen Voraussagen, welche in den Medien breit diskutiert werden und den Boden bereiten für das, was eben aus dem Dunkel der Zukunft absehbar auf uns zukommen soll.

Rudolf Steiner wies während des Ersten Weltkrieges in verschiedenen Vorträgen, so z.B. am 4.12.1916, darauf hin, dass bereits in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts „in gewissen okkulten Bruderschaften des Westens“ vom künftigen Weltkrieg die Rede ge-

wesen sei „und dass dazumal die Schüler dieser okkulten Bruderschaften unterrichtet wurden durch Landkarten, durch die man ihnen gezeigt hat, wie Europa verändert werden sollte durch diesen Weltkrieg.“ [2] Eine solche Karte war am 25.12.1890 für die Öffentlichkeit in der „Christmas Number“ der britischen satirischen Zeitschrift „Truth“ erschienen und sollte die Traumbilder des seit 1888 herrschenden deutschen Kaisers Wilhelm II. darüber zeigen, welche neuen Staatsgrenzen Europa nach dem Krieg haben werde. Sie traten weitgehend so ein, teilweise erst 1945, am Ende des 2. Teiles des Weltkrieges.

War Huntington ein Prophet?

Solche Botschaften für die Insider und scheinbaren Voraussagen für die globalen Eliten erscheinen in Amerika heute vor allem in der Zeitschrift „Foreign Affairs“, die vom „Council on Foreign Relations“ (CFR) in etwa zweimonatlicher Folge herausgegeben wird.

„Dem Council wird seit seiner Entstehung (1921) eine herausragende Funktion im Formulierungsprozess außenpo-

litischer Strategien zugesprochen und gehört mit den mit dem CFR eng verwobenen ‚Chatham House‘ und ‚Carnegie Endowment for International Peace‘ zur aktuellen Top 4 der weltweit wichtigsten und einflussreichsten privaten Think Tanks.“ (Wikipedia)

Über die tieferen Entstehungszusammenhänge siehe den Beitrag „Imperialistische Machtschmieden“. Foreign Affairs gilt entsprechend „als die führende Fachzeitschrift auf ihrem Gebiet weltweit und als die „Strategiezeit-schrift der US-amerikanischen Außenpolitik“ schlechthin. ... Vieles, was später in konkrete Politik umgesetzt wird, wurde hier zuerst erdacht und argumentativ entfaltet.“ (Wikipedia)

Im Sommer 1993 erschien in Foreign Affairs ein aufsehenerregender Artikel unter dem Titel „The Clash of Civilizations?“ von Samuel Huntington, der stark erweitert 1996 als Buch mit dem gleichen Titel (aber ohne Fragezeichen) veröffentlicht wurde. Huntington war ein in der Skull & Bones -Kaderschmiede der Yale-Universität und in Chicago ausgebildeter Politikwissenschaftler. Er

lehrte am John M. Olin Institute for Strategic Studies der Harvard-Universität in Cambridge und war Berater des US-Außenministeriums.

Seine Kernprognose bestand darin, dass die Konflikte, die in der Vergangenheit zwischen den Ideologien der nationalstaatlich verfassten Bündnisse bestanden, in der Zukunft in Konflikte zwischen Zivilisationen übergehen würden. Er unterschied acht globale Kulturräume, von denen die für die westliche Welt bedeutendsten die chinesische und die islamisch geprägte Kultur seien. Zwischen diesen Kulturen und der des Westens beständen zu große Bruchlinien, als dass es nicht zu Konflikten kommen könne und wahrscheinlich auch kommen werde. Der friedliche Übergang von der Pax Britannica zur Pax Americana sei nur der engen kulturellen Verwandtschaft beider Gesellschaften zu verdanken. Die Werte des Westens würden in anderen Kulturkreisen nicht als universelle Werte anerkannt.

Die Prognose solcher Konflikte zeigt sich schon in Huntingtons Buch als Verschleierung des Willens, sie planmäßig herbeizuführen. So heißt es da: „Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder Werte oder seiner Religion (zu der sich nur wenige Angehörige anderer Kulturen bekehrten), sondern vielmehr durch seine Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt. Oftmals vergessen Westler diese Tatsache; Nichtwestler vergessen sie nie-

mals“ (Wikipedia zu Kampf der Kulturen).

Das heißt ja: Wenn man sie nicht vergisst, wird man sich bei Gelegenheit rächen. Das ist der herbeizuführende Mechanismus. So fordert Huntington auch statt einer Politik der Menschenrechte eine Geopolitik der Macht, angeführt von den Vereinigten Staaten und die Stärkung der westlichen Identität nach außen und innen (vgl. Wikipedia zu Samuel Huntington).

Die Ereignisse vom 11. September 2001 – ob von der US-Regierung selbst inszeniert, wie in Pearl Harbor zugelassen oder von Osama bin Laden und seinen islamischen Räubern auf die ahnungslosen USA verübt, bleibe hier dahingestellt – eröffneten das westliche Vorgehen: weltweiter Krieg gegen den (islamistischen) Terror, Einmarsch in Afghanistan, 2. Irak-Krieg mit Entstehung des IS, Zerstörung des libyschen Staates und Vernichtung Gaddafis, importierter „Bürgerkrieg“ in Syrien, Flüchtlingswelle nach Europa, islamische Parallelgesellschaften, wachsende Konfrontationen zwischen Muslimen und freiheitlichem Rechtsstaat, etc. – Es trat und tritt ein, was Huntington angeblich vorausgesagt hatte, in Wahrheit aber bewusst herbeigeführt wurde.

Aber die Suggestion von der Voraussage der Zukunft durch einen genialen weitblickenden amerikanischen Wissenschaftler hat noch immer ihre Wirkung. So schrieb am 21.7.2016 der transatlantische Erfüllungsgehilfe Mi-

chael Stürmer in der „Welt“:^[3] „Waren wir gewarnt? Ja, wir waren. Aber die Abwehr galt dem Boten, nicht seiner Botschaft. ‚Clash of Civilizations‘ – Zusammenprall der Kulturen – hieß das Buch von Samuel Huntington, das vor zwanzig Jahren erschien. So beschrieb der renommierte Harvard-Professor die Zukunft und störte damit das allgemeine Aufatmen nach dem Kalten Krieg. Die Warnung blieb ungehört. Wer heute in dem 500-Seiten-Band blättert, entdeckt viel von den Feuern der Gegenwart, am meisten, wie Huntington damals zur Empörung aller Gutgesinnten schrieb, die brennenden Grenzen des Islams.“

„Das katastrophale 21. Jahrhundert“

Eine ähnliche Rolle wie Foreign Affairs in Amerika spielt die Londoner Wochenzeitschrift The Economist für die Hintergrundkreise in Großbritannien.

„Sie gilt seit langem als eine der kompetentesten und subtilsten westlichen Zeitschriften der öffentlichen Angelegenheiten“. „Die Publikation gehört zur Economist Group. Sie ist zu 50% im Besitz der englischen Niederlassung der Familie Rothschild und der Familie Agnelli. ... Die Rothschilds und die Agnellis sind im Vorstand vertreten. ... The Economist nimmt eine redaktionelle Haltung des klassischen und ökonomischen Liberalismus ein, der den Freihandel, die Globalisierung, die freie Einwanderung und den kulturellen Liberalismus unterstützt (wie etwa die

rechtliche Anerkennung für gleichgeschlechtliche Ehe oder die Liberalisierung des Drogenhandels“ (Wikipedia).

Zwei Redakteure sind Mitglieder des Beirates von Chatham House.“

(Wikipedia zu Chatham House).

Der britische Publizist Terry Boardman, ein aufmerksamer Beobachter von The Economist und Foreign Affairs, wies vor einiger Zeit auf einen anonymen Artikel hin, der Ende 1992 in der Doppelausgabe 26.12.1992/8.1.1993 des Economist erschien, also ein halbes Jahr vor dem Artikel von Huntington in Foreign Affairs. Dieser Artikel war in Form eines Auszugs einer im Jahr 1992 geschriebenen Weltgeschichte gestaltet und trug den Titel: „Rückblick von 2992 – Eine Weltgeschichte, Kapitel 13: Das katastrophale 21. Jahrhundert.“ Terry Boardman, mir aus mehreren persönlichen Begegnungen als vertrauenswürdig bekannt, referiert, dass der Artikel jedoch nur die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts bis 2050 behandelt.

„Kurz, von 2011 an (dem Jahr des arabischen Frühlings und des Breivik-Massakers in Norwegen) kommt der eurasische Konflikt nach einem Militärputsch in einem muslimischen Land ins Rollen. Dies führt zu einer panislamischen Einheit, die über eigene Ölserven verfügt, mit dem Ziel, das Kalifat wieder einzusetzen und einen einzigen Staat für alle Muslime zu bilden. Dieser verbindet sich dann irgendwie mit China, das seine eigenen Ziele mit «dem Westen» verfolgt, und China zwingt Japan zur Unterwerfung. Die Chinesen

und Muslime werden sich zusammen gegen den Westen wenden. Interessanterweise kommt Israel in dem Artikel nicht einmal vor; es bleibt offenbar von all den Katastrophen des 21. Jahrhunderts unberührt; vielleicht, weil die Rothschilds bekannterweise Besitzer von 30% des Economist sind.

Es ist deutlich, dass der Autor des Artikels auch von anderen Kriegen in der Levante, in und um Syrien, ausgeht, da er sich auf die «Schlacht von Antiochien» (Antakya) bezieht. Antakya liegt heute in der Türkei, gerade über der Grenze von NW-Syrien. Antiochien war in klassischen Zeiten eine syrische Stadt, wo der heilige Paulus hinging und wo Christen zuerst «Christen» genannt wurden. Die Türkei, die von den Panislamisten als Verräterin des Islam angesehen wird, wird zum ersten Opfer des Bündnisses (von Muslimen und Chinesen). Am wichtigsten aber ist das Hauptziel: Russland!“[4]

Das prophezeite Schicksal

Russlands

Nach dem 1992 ausgedachten Szenario soll Russland bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts alle Gebiete östlich des Urals verlieren; wörtlich aus dem Economist:

„... in zwei kurzen Kriegen werden die Grenzen (von Osten) bis zum Ural zurückgeschoben und bis zu einer heiklen Linie von der Mitte des Urals zum Asowschen Meer (Nebenmeer des Schwarzen Meeres, östlich der Krim).“[5]

Terry Boardman schildert weiter:

„Amerika hat sich in die Isolation zurückgezogen, ist nur Zuschauer der Verkleinerung Russlands. Der Artikel beschreibt weiter, wie Europa mit seinen Atom-Waffen ein weiteres Vordringen des [islamisch-chinesischen] Bündnisses verhindert, so dass sich die hauptsächlichen Kriege zwischen dem Bündnis und Russland abspielen. Der Westen liefert den Amboss und das Bündnis den Hammer, zwischen denen Russland zerrieben wird.

Während die Chinesen Ost-Sibirien nehmen, fällt der Rest an die Muslime. Russland würde so auf seine Grenzen im 16. Jahrhundert zurückgedrängt und damit geopolitisch ein rein europäischer Staat werden. Es würde dann, was im Artikel aber nicht ausdrücklich gesagt wird, reif für die Integration in das «Atlantische Europa», «Euro-Amerika» etc., wie Brzezinski es schon 1990 nannte. Mit anderen Worten: Russland würde in diesem eurasischen Krieg des 21. Jahrhunderts, der 2011 beginnen und ungefähr 2050 enden würde, von Euro-Amerika übernommen werden.“[6]

Zbigniew Brzezinski, führender US-Geostrateg und CFR-Mitglied, befürwortete 1997 in seinem Buch Die einzige Weltmacht – gleichsam vorbereitend – die Aufgliederung eines künftig lockerer konföderierten Russlands in drei Teile: ein europäisches Russland, eine sibirische Republik und eine fernöstliche Republik (S. 288-289).

Und das europäische Russland müsse in ein größeres euroatlantisches Sys-

tem dauerhaft und sicher einbezogen werden (S. 130). In Bezug auf die Instrumentalisierung des Islam gegen Russland schrieb er genüsslich:

„Für die Russen muss das Gespenst eines möglichen Konflikts mit den islamischen Staaten entlang der gesamten Südflanke Russlands (die zusammen mit der Türkei, dem Iran und Pakistan mehr als 300 Millionen Menschen aufbieten) Anlass zu ernster Besorgnis sein“ (S. 139).

Die Absicht, Russland in EU und NATO zu integrieren, wurde, worauf Terry Boardman hinweist, interessanterweise auch 2010 in verschiedenen Artikeln von Foreign Affairs verbreitet.

Langfristige Strategien

Angesichts der gegenwärtig stetig wachsenden engen Beziehungen zwischen Russland und China auf militärischem Gebiet und dem wirtschaftlichen Bereich der gemeinsamen Entwicklung von Infrastrukturen könnte einem die Idee des Economist einer chinesisch-islamischen Allianz wie ein schieres Phantasiegebilde vorkommen. Doch in der Geschichte geschehen immer wieder seltsame Dinge, und die britisch-amerikanische Elite arbeitet mit sehr langfristigen Planungen.

„Der Economist ist nicht dafür bekannt, sich in Spekulationen und Phantasien zu ergehen. Wenn jemand 1887 zum Beispiel gesagt hätte (als England noch in der «splendid isolation» verharrte

und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland unterhielt, während es Frankreich und Russland feindlich gesinnt war), dass sich dieses Verhältnis innerhalb von nur 20 Jahren ändern würde, d.h. England in eine Allianz mit Frankreich und Russland gegen Deutschland träte, so hätte man das als Phantasiegebilde abgetan. Aber genau das wurde von einem Zirkel britischer Diplomaten und Staatsmänner zwischen 1887 und 1907 eingefädelt.“[7]

Der „Vater“ der anglo-amerikanischen Geopolitik, der Brite Halford Mackinder (1861-1947), der mit seinen grundlegenden Schriften auch heute noch als wichtiger „Mentor“ der gegenwärtigen imperialistischen Strategen gilt, bekämpfte stets mit allen Mitteln ein russisch-deutsches Bündnis, weil dies die angelsächsische Weltherrschaft bedrohen würde. Auch der US-Geostrate George Friedman vom einflussreichen STRATFOR Think-Tank machte 2015 der Welt klar:

„Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt. (...)“

Die Deutschen haben eine sehr komplexe Beziehung zu den Russen. (...)

Die Urangst der USA ist, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden – eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Hölleangst haben.“[8]

Die Anglo-Amerikaner verhinderten im 20. Jahrhundert nicht nur „dreimal erfolgreich (1. und 2. Weltkrieg und im Kalten Krieg) ein russisch-deutsches Bündnis. Mit Hilfe der Dummheit der Regierungsleiter dieser zwei Länder gelang es ihnen sogar, dass Russland und Deutschland zweimal in dreißig Jahren gegenseitig Krieg führten.“

Aus ähnlichen Gründen hatte bereits Mackinder auch vor einem russisch-chinesischen Bündnis gewarnt, das die riesigen Ressourcen Zentral-Asiens und Sibiriens zum Aufbau einer mächtigen Flotte nutzen könnte, die zu einer gewaltigen Bedrohung der Flotten der «Meer-Wölfe» – England und Amerika – werden würde.

Russland – China

Doch ein immer enger werdendes russisch-chinesisches Zusammengehen scheint sich in der Tat gegenwärtig zu realisieren, und China ist heute weit mächtiger als es zur Zeit Mackinders war. Bereits im August 2015 führten Russland und China gemeinsame Marineübungen im Japanischen Meer vor der Küste der östlichsten Hafenstadt Russlands, Wladiwostok, durch.

„Es handelte sich um Phase zwei der gemeinsamen chinesisch-russischen

Marineübungen namens ‚Gemeinsame See‘ 2015, die im Mai mit dem ersten gemeinsamen Manöver von zehn russischen und chinesischen Schiffen im Mittelmeer begonnen hatten. Die strategische Bedeutung der gemeinsamen russisch-chinesischen Marineübungen sowohl im Mittelmeerraum als auch in den Gewässern vor der chinesischen und russischen Küste im Fernen Osten ist nur die Spitze einer eindeutig weit aus größeren gemeinsamen Militärstrategie, die möglicherweise die Herrschaft der USA über die Weltmeere herausfordern wird.“[9]

Doch Fu Ying, Präsidentin der Außenpolitischen Kommission des Nationalen Volkskongresses und Vize-Außenministerin der Volksrepublik China von 2010 bis 2013 bestreitet in „Foreign Affairs, January/February 2016“, dass China ein Bündnis mit Russland beabsichtige. Peking und Moskau stünden sich nahe, seien aber keine Verbündeten. Und „die Verbesserung der US-chinesischen Beziehungen stellt einen wichtigen Teil der diplomatischen Bemühungen Chinas dar.“

„Die chinesisch-russische Beziehung ist eine stabile strategische Partnerschaft. ... Sie ist komplex, solide und tief verwurzelt. ... China hat kein Interesse an einer förmlichen Allianz mit Russland, auch nicht an der Bildung eines anti-US oder anti-westlichen Blockes irgendeiner Art. Vielmehr hofft Peking, dass China und Russland ihre Beziehung in einer Art und Weise auf-

rechterhalten können, die den beiden großen Nachbarn ein sicheres Umfeld bietet, um ihre Entwicklungsziele zu erreichen und einander durch eine gegenseitig nutzbringende Kooperation zu unterstützen. ...

Seither (1992) haben sich die chinesisch-russischen Beziehungen sukzessive verbessert und vertieft. ... Trotz all dieser Fortschritte existieren noch immer Differenzen zwischen den beiden Nachbarn, und sie legen nicht immer den gleichen Schwerpunkt, wenn es um Fragen der Außenpolitik geht. ... Der Aufstieg Chinas hat bei einigen in Russland Unbehagen ausgelöst, wo gewisse Leute Schwierigkeiten hatten, sich auf die relative Machtverschiebung zwischen China und Russland einzustellen. In Russland ist noch immer die Rede von «der chinesischen Bedrohung», ein Ausdruck, der aus vergangenen Zeiten übriggeblieben ist. Eine Umfrage, die 2008 von Russlands Stiftung für öffentliche Meinung durchgeführt wurde, zeigte, dass rund 60 Prozent der Russen sich Sorgen machten, dass die chinesische Migration in die fernöstlichen Grenzregionen die territoriale Integrität Russlands gefährde, 41 Prozent glaubten, dass ein stärkeres China den russischen Interessen schaden würde.“[10]

Hier zeigen sich aber Ansatzpunkte für die oben geschilderte Geo-Strategie des Westens. Und Terry Boardman sieht es als höchstwahrscheinlich an, dass die westlichen Eliten gerade jetzt

Pläne schmieden, um zu verhindern, dass durch den wachsenden Energiebedarf und die entsprechenden Transportwege über Sibirien und Zentralasien zwischen den sogenannten «Landwölfen» (Russland und China) die Wirtschaften Russlands und Chinas untrennbar verbunden werden. Auch bei den Kämpfen im islamischen Nahen Osten geht es vielfach um die Vorherrschaft über die Öl-Pipelines.

„Zwischen 2010 und 2012 verhandelten die russischen und syrischen Verbündeten mit dem Irak, um eine «islamische Pipeline» zu ihrem gemeinsamen Nutzen zu errichten. Diese Pipeline schmerzte die US-Alliierten, die sunnitischen Staaten Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sehr, denn sie hatten ihre eigenen Pipeline-Pläne, für die sie den pro-russischen syrischen Präsidenten Assad entfernen wollten. Inzwischen bauen auch die Iraner an einer Pipeline nach Indien, über Pakistan, einem chinesischen Verbündeten.

Es besteht die Aussicht, mit Iran als Drehscheibe, eine Energie- und Transportverbindung herzustellen, die von China nach Syrien führt, eine neue Art von Seidenstraße zum Nutzen nicht nur der asiatischen Völker! Das bereitet aber den «Seewölfen» des Westens und ihren ökonomischen «Werten» große Sorgen. Sie fassen dies als Bedrohung auf, so wie sie vor dem Burenkrieg (1899-1902) das Auftauchen Deutschlands in den Gold- und Diamantminen Südafrikas oder den Bau der Bagdad-Bahn bedrohlich fanden.

Bedroht wird nämlich ihre Monopolstellung der materiellen Grundlagen der Weltherrschaft.“ siehe Anm. 8

Bei alledem steht offenbar im Hintergrund, langfristig den Islam und China für die Zerstückelung der riesigen ressourcenreichen Landmasse Russlands zu instrumentalisieren – wodurch sie selbst geschwächt werden –, Russland auf den europäischen Teil zu reduzieren und diesen durch die Einbindung in Euro-Amerika als eigenständige Macht ganz auszuschalten.

„Die Eliten des Westens haben immer verdeckt gehandelt, manchmal haben sie aber Informationen in codierter Form durchsickern lassen. ... Warum sie das tun, bietet Stoff zum Nachdenken, gleichzeitig aber auch die Chance, ihre Absichten zu durchschauen, sie aufzudecken und dasjenige zu tun, was uns möglich scheint, um die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern.“[11]

Anmerkungen

[1] „Mit Hegel die Welt unterwerfen“

[2] Rudolf Steiner: Zeitgeschichtliche Betrachtungen I, GA 173a, S. 31 und Anmerkung S. 276-278

[3] Michael Stürmer gehört nach einer Untersuchung des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger zu den führenden Journalisten, die nachweislich mit transatlantischen Clubs wie Aspen-Institut verbunden sind und stramm

propagandistisch im Sinne der US- und Nato-Politik schreiben.

[4] Terry Boardman in: Der Europäer Nr. 2/3 Dezember/ Januar 2015/16, S. 10 f.

[5] Zitiert nach Terry Boardman a.a.O., S. 11

[6] a.a.O, S. 11

[7] <http://www.epochtimes.de/politik/welt/stratfor-zu-ukraine-krise-verhinderung-von-deutschland-russland-buendnis-hauptziel-der-usa-video-a1228121.html>

[8] Terry Boardman a.a.O, S. 12

[9] F. William Engdahl: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/f-william-engdahl/china-und-russland-fordern-die-unvergleichliche-flotte-der-usa-heraus.html>

[10] <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2016/nr-2-19-januar-2016/wie-china-russland-und-die-usa-sieht.html>

[11] Terry Boardman a.a.O. S.13

Quelle:

<http://www.geolitico.de/2017/02/18/materielle-grundlagen-der-macht/>

Ex-US-Außenminister Henry Kissinger: „Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht gegeben“

„Der IS muss besiegt werden.“

„Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen. Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht mehr gegeben.“

Von Astrid Dörner

New York. Henry Kissinger fordert eine Doppelstrategie aus Diplomatie und militärischer Gewalt im Umgang mit der Terrororganisation Islamischer Staat (IS). Einerseits gelte es, alle relevanten Akteure im Nahen Osten zu einem Bündnis gegen den IS zusammenzubringen.

Doch der IS selbst müsse „besiegt“ werden. „Ich habe immer geglaubt, dass man für eine gehaltvolle Verhandlung in bestimmtem Umfang auch gemeinsame Ziele und Werte braucht – und das sehe ich nicht beim IS“, sagte der frühere US-Außenminister und Nobelpreisträger im Interview mit dem Handelsblatt (Mittwochausgabe).

Der 92-jährige Diplomat fordert „so etwas wie einen Westfälischen Frieden“ für den Nahen Osten.

Nur dadurch könne die Aufruhr in der krisengeschüttelten Region überwunden werden. Der Westfälische Frieden beendete 1648 durch einen umfassenden Interessenausgleich zwischen den Konfliktparteien den 30-jährigen Krieg in Europa. Mit ihm stiegen die

Staaten zu den wichtigsten Akteuren der internationalen Politik auf.

In der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union sieht Kissinger ein historisches Ereignis:

„Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen. Das hat es seit einigen tausend Jahren nicht mehr gegeben.“ Kissinger, der im bayerischen Fürth geboren wurde und 1938 selbst mit seiner Familie aus dem nationalsozialistischen Deutschland in die USA floh, äußert „großes Mitgefühl“ für die schwierige Situation von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

In der Flüchtlingsfrage müsse sie einerseits den humanitären Aspekt berücksichtigen. „Aber sie weiß auch, dass es einen Punkt gibt, an dem die Transformation der sozialen und politischen Strukturen beginnt“, warnt Kissinger.

„Das wird zwangsläufig passieren, vor allem, wenn man es mit Gruppen zu tun hat, die die grundlegenden



Werte der westlichen Gesellschaft nicht akzeptieren.“

Kissinger betont im Gespräch mit dem Handelsblatt, wie sehr das Internet die internationale Politik verändere:

„Im Internet können sie die gleiche Antwort immer wieder und wieder abrufen, es gibt also weniger Anreize als früher, das Weltgeschehen zu kategorisieren, zu komprimieren und zu konzeptualisieren.“

Die Vielzahl der Fakten verdränge oftmals die Analyse und die politischen Führer hätten deutlich mehr Anreiz, auf die Stimmung des Moments zu reagieren.

Doch trotz dieser Komplexität ist Kissinger nicht zum Pessimisten geworden:

Die Welt sei nicht schlechter als früher – „Nur anders“.

Quelle:

Kai Nedden für Handelsblatt Henry Kissinger

Deutschland

Bundesbank schließt Goldverlagerungen aus New York erfolgreich ab

Pressemitteilung 09.02.2017

Die Bundesbank hat die Goldverlagerungen im vergangenen Jahr erfolgreich fortgesetzt. Im Jahr 2016 wurden über 216 Tonnen Gold von ausländischen Lagerstellen nach Frankfurt am Main verlagert, davon 111 Tonnen aus New York und 105 Tonnen aus Paris. „Die Goldverlagerungen aus New York wurden im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossen“, sagte Carl-Ludwig Thiele, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. „Die Verlagerungen liefen reibungslos und es gab keinerlei Beanstandungen. Das Lagerstellenkonzept für New York, welches die Verlagerung von 300 Tonnen Gold aus New York nach Frankfurt vorsah, wurde 2016 vollständig umgesetzt“, so Thiele.

Das im Jahr 2013 vorgestellte Lagerstellenkonzept sieht vor, dass die Bundesbank bis 2020 die Hälfte der deutschen Goldreserven in eigenen Tresoren in Frankfurt am Main lagert. Dazu wurden bis Ende 2016 schrittweise 300 Tonnen Gold aus New York und 283 Tonnen Gold aus Paris nach Frank-

furt am Main verlagert. „Auch die Goldverlagerung aus Paris werden wir noch in diesem Jahr abschließen“, so Thiele. Dann werden in Paris keine deutschen Goldreserven mehr lagern. Die Umsetzung des Lagerstellenkonzepts liegt damit deutlich vor dem ursprünglichen Zeitplan.

Die Bundesbank stellt sicher, dass es sich von den Entnahmen der Barren bei den ausländischen Lagerstellen bis deren Einlagerung in Frankfurt stets um die deutschen Goldbarren handelt. Bei Eintreffen in Frankfurt unterzieht die Bundesbank alle verlagerten Goldbarren einer vollständigen Eingangskontrolle und Echtheitsprüfung. Nach Abschluss sämtlicher Prüfungen ergaben sich bei den Verlagerungen keine Beanstandungen bezüglich Echtheit, Feingehalt und Gewicht der Barren.

Die Bundesbank wird am 23. Februar eine aktualisierte Goldbarrenliste auf ihrer Internetseite veröffentlichen. Diese Liste enthält die Barren-, Melt- oder Inventarnummern, das Brutto- und

Feingewicht sowie die Feinheit des Goldes.

Quelle:

Deutsche Bundesbank
Kommunikation

Wilhelm-Epstein-Straße 14, 60431
Frankfurt am Main

Internet: <http://www.bundesbank.de> |
E-Mail: info@bundesbank.de

Telefon: +49 69 9566-0 | Fax: +49 69
9566-3077

Bei publizistischer Verwertung wird
um Angabe der Quelle gebeten. DB

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die bisherigen Verlagerungen:

	aus New York	aus Paris	Gesamt	Anteil
bis 2020 zu verlagern	300 t	374 t	674 t	100 %
2013 verlagert	5 t	32 t	37 t	5 %
2014 verlagert	85 t	35 t	120 t	18 %
2015 verlagert	99 t	111 t	210 t	31 %
2016 verlagert	111 t	105 t	216 t	32 %
damit bislang verlagert	300 t	283 t	583 t	86 %
noch zu verlagern	0 t	91 t	91 t	14 %
<i>Gerundete Zahlen.</i>				

Zum 31. Dezember 2016 verteilen sich die Goldreserven der Bundesbank damit wie folgt auf die einzelnen Lagerstellen:

	Bestand	Anteil
Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main	1.619 t	47,9 %
Federal Reserve Bank, New York	1.236 t	36,6 %
Bank of England, London	432 t	12,8 %
Banque de France, Paris	91 t	2,7 %
Insgesamt	3.378 t	100,0 %
<i>Gerundete Zahlen.</i>		

Russland

Tilgt sämtliche Sowjetschulden

25 Jahre nach UdSSR-Zerfall - Hans Modrow: „Es sind langfristig große Risse da“

125,2 Millionen US-Dollar muss Russland demnach noch zahlen, dann seien die Schulden aus der Sowjetzeit beglichen. Der Betrag sei in der Haushaltsplanung für dieses Jahr vorgemerkt worden, habe es aus dem russischen Kabinett verlautet.

Russland und Bosnien hatten laut dem Bericht schon im Dezember 2016 die Rückzahlung von rund 125, 2 Millionen US-Dollar vereinbart. Sarajewo hat den Betrag nach dem Zerfall Jugoslawiens als vererbte Forderung übernommen. Die Regierungen beider Länder haben dem entsprechenden Abkommen vorerst zugestimmt.

„Die Zahlung erfolgt in einer Tranche über die Staatsbank VEB. Dort gibt es keine Schwierigkeiten, bis zum Sommer ist die Frage erledigt“, sagte ein Regierungssprecher.

Den Betrag werde Bosnien-Herzegowina nach eigenem Bedarf verteilen:

Demnach solle das Land Bund 72,6 Millionen US-Dollar erhalten; weitere 37,6 Millionen würden an die Republika Srpska gehen; 12,5 Millionen Dollar werde Sarajewo für gesamtstaatliche Aufgaben verwenden, schreibt das Blatt.

2,8 Milliarden Dollar Schulden – Russland gewährt Venezuela Zahlungsaufschub

Jüngst hatte Moskau bereits Sowjetschulden an Mazedonien zurückgezahlt. Dabei lieferte Russland Waren und Dienstleistungen im Wert von 60,6 Millionen US-Dollar an die ehemalige Region der Republik Jugoslawien.

2015 tilgte Russland auch einst sowjetische Verbindlichkeiten gegenüber China: 400,97 Millionen Schweizer Franken. Zwei Jahre zuvor hatte Moskau 3,6 Milliarden Dollar an Tschechien,

18 Millionen an Montenegro und 30 Millionen an Finnland zurückgezahlt.

Im Jahr 2006 hatte Russland alte Sowjetschulden beim Pariser Klub abgegolten: 23,7 Milliarden Dollar. Im Jahr 2000 zahlte Moskau Schulden aus der Zarenzeit an Paris zurück. Über 100 Jahre hatte Frankreich darauf warten müssen, wie die Zeitung schreibt.

Derweil hat Moskau in den vergangenen 20 Jahren eigene Forderungen in Höhe von über 140 Milliarden Dollar abgeschrieben. Davon wurden laut dem Blatt allein Kuba 30 Milliarden und Nordkorea elf Milliarden Dollar erlassen.

Quelle: sputnik

Futuristische Superlative Dubai probt Taxidrohnern und Marsbesiedlung



Für Innovation sind die Golfstaaten bekannt. Ein nun vorgestellter Plan zur Marsbesiedlung in hundert Jahren überrascht dennoch. Ebenso futuristisch wirken Drohnen, die Emiratis in wenigen Monaten von Wolkenkratzer zu Wolkenkratzer fliegen sollen.

Wirtschaft

Eine solche Taxidrohne könnte in den Arabischen Emiraten bald schon keine Seltenheit mehr sein. (Foto: dpa)
Mittwoch, 15. Februar 2017

Das Emirat Dubai hat eine Taxidrohne für den Passagierverkehr getestet. Der Prototyp des chinesischen Herstellers Ehang könne entsprechend einer einprogrammierten Route autonom von einem Ort zum anderen fliegen, teilte Dubais Verkehrsbehörde mit. Die mit Elektromotoren angetriebene Taxi-

drohne könne einen Passagier befördern und in einer Höhe von bis zu 300 Metern eine Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern erreichen.

Der Insasse muss demnach lediglich das Ziel auswählen - und das wie ein Mini-Helikopter aussehende Fluggerät hebt in die gewünschte Richtung ab. Überwacht werde der Flug von einem Kontrollzentrum am Boden. Ein solches solle im Juli in Dubai eingerichtet werden. Zu schwer dürfen die Passagiere aber nicht sein: Die Drohne kann nur etwas mehr als 100 Kilogramm tragen. Die Batterien machen maximal nach 30 Minuten schlapp.

Das Emirat hat auch andere autonome Fahrzeuge getestet. Bis 2030 will es nach Angaben der Verkehrsbehörde ein Viertel seines Transportsystems au-

tonom betreiben. Der Blick in den Weltraum verleitet das Emirat ebenfalls zu Superlativen: In 100 Jahren sollen die ersten Bewohner des Golfstaates auf dem Mars leben. 2117 soll auf dem Roten Planeten die erste menschliche Siedlung fertiggestellt sein, wie Vizepräsident Mohammed bin Raschid al-Maktum auf einer Konferenz verkündete. Zunächst sei es aber das Ziel des Langzeitprojektes, die Möglichkeiten zu untersuchen, wie Menschen auf dem Mars überleben können. Dabei sei unter anderem die Produktion von Nahrungsmitteln und Energie wichtig.

Quelle: n-tv.de , apo/AFP/dpa

NATO

Russland von Freunden umzingelt

Von William Blum (ehemaliger Mitarbeiter des US-Außenministeriums)



US-Publizist Blum: USA und NATO wollen Russland „von allen Seiten“ umstellen

„Dabei handelt es sich nur um einen der Schritte der USA und der NATO, Russland zu umzingeln. Die Vereinigten Staaten wollen, dass die Welt daran glaubt, dass von Russland die größte Gefahr ausgeht. Aber das ist nichts anderes als Propaganda, denn die größte Gefahr geht von den USA und der NATO aus“, sagte der als Kritiker der

US-Außenpolitik bekannte 82-jährige Blum.

„Wie würden die USA reagieren, wenn Russland Kampftechnik in Mexiko oder in Kanada stationiert hätte? Sie wären in den Krieg gezogen. Aber Washington rechnet damit, dass Russland seine Umzingelung stillschweigend hinnehmen würde“, sagte Blum.

Das Pentagon erwägt derzeit eine Stationierung schwerer Kampftechnik in Osteuropa, um eine „mögliche russische Aggression abzuwehren“, wie

die „New York Times“ am Samstag unter Berufung auf namentlich nicht genannte US-Amtsträger berichtete. Es geht um Panzer, Schützenpanzerwagen und schwere Geschütze sowie um bis zu 5.000 Mann Personal. Die Technik ist für Litauen, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn bestimmt. Der Vorschlag soll noch von Pentagon-Chef Ashton Carter und vom Weißen Haus gebilligt werden.

(rt)

Schweiz

Rüstung: Russland, der ideale Rüstungslieferant für die Schweiz

Von Prof. Dr. Albert A. Stahel, Institut für Strategische Studien, Wädenswill

Während noch vor 1992 die Sowjetunion über eine ausgezeichnete Rüstungsindustrie verfügte, die moderne Waffen entwickelte und produzierte, wurde nach dem Ende des Kalten Krieges der Rüstungssektor Russlands unter dem Präsidium Jelzins vernachlässigt und beinahe stillgelegt. Der russische Rüstungsexport beschränkte sich während Jahren weitgehend auf Lieferungen von Waffen, die aus den Zeughäusern der russischen Streitkräfte stammten.

Neue Entwicklungen wurden gestoppt.

Erst mit Putins Machtübernahme wurde der Rüstungssektor ab 1999 nach und nach wieder durch den Staat gefördert. In den letzten Jahren hat die Rüstungsindustrie der Russischen Föderation verschiedene moderne Waffen entwickelt und in Betrieb genommen. Dazu gehört die Entwicklungsreihe der bodengestützten Abwehrlenkwaffensysteme S-300 gegen Flugzeuge und ballistische Boden-Boden-Lenk Waffen, deren älteste Version, die S-300PS, bereits 1982/83 in Dienst gestellt wurde. 1998 wurde die Weiterentwicklung S-300VM einsatzbereit und 2007 die S-400 Triumph. Die S-400 weist eine Einsatzreichweite von 250 km auf. Mit diesem Abwehrlenkwaffensystem sollen ballistische Kurz- und Mittelstreckenwaffen (Reichweite bis 5500 km) abgefangen und mit einem konventionellen Splittergefechtsskopf zerstört werden. Eine neuere Entwicklung ist die Lenkwaffe 40N6, die mit einer Einsatzreichweite von 400 km 2013 einsatzbereit sein soll. In Entwicklung steht die S-500 Prometheus mit einer Einsatzreichweite von 500–600 km, mit der sogar interkontinentale ballistische

Boden-Boden-Lenk Waffen (Reichweite über 5500 km, versehen mit einem nuklearen Gefechtsskopf) abgefangen und vernichtet werden können. Zu diesen Abwehrsystemen sind die entsprechenden Zielerfassungs- und Zielfolgeradars entwickelt worden.

Sollten diese Angaben zutreffen – auf Grund der Tradition der russischen Rüstungsindustrie in der Entwicklung von Fliegerabwehrwaffen kann nicht daran gezweifelt werden –, dann übertreffen die Leistungen der S-400 jene der amerikanischen Abwehrlenkwaffe Patriot PAC-3 bei weitem. Die PAC-3 weist gegen Luftziele und gegen ballistische Ziele eine Einsatzreichweite von 15 bis 45 km auf.

Seit der nicht durchdachten Ausserdienststellung der Bloodhound-Fliegerabwehr-Lenk Waffen unter Bundesrat Ogi im Jahr 1999 verfügt die Schweiz über keine Fliegerabwehrsysteme gegen weitreichende Ziele mehr.

Mit der Beschaffung des Abwehrsystems S-400 wäre die Schweiz sowohl gegen Kampfflugzeuge wie auch ballistische Lenk Waffen geschützt.

Russland produziert aber auch andere Rüstungsgüter, die auf Grund des Preis-Leistungs-Verhältnisses für einen Kleinstaat interessant sein dürften. Dazu gehört insbesondere die Entwicklungsreihe der Mehrzweckkampfflugzeuge Su-27 von Suchoi.

Seit dem spektakulären Flugmanöver Pugaschews Kobra in Le Bourget 1989 sind ausgehend von der Su-27 durch Suchoi weitere Flugzeugtypen als Jäger und Jagdbomber entwickelt wor-

den.

Dazu gehören die Modelle Su-30, -33, -35, -35S und -37. Nach wie vor geniesst aber die Su-27, die bereits 1984 in Dienst gestellt wurde, mit der maximalen Geschwindigkeit Mach 2.35 und der Einsatzreichweite von 3530 km international einen ausgezeichneten Ruf. Vor einigen Jahren erwiesen sich die Su-30 der indischen Luftwaffe in einer Übung jenen der F-15 der US Air Force im Luftkampf als überlegen.

Der Kleinstaat Schweiz, der in zunehmendem Masse durch die sogenannten «Freunde» wie ein Schurkenstaat behandelt und erpresst wird, wäre gut beraten, wenn Bundesrat und Parlament in der Zukunft auch die Rüstungsangebote Russlands ernst nehmen würden. Im Gegensatz zu den westlichen «Freunden» hat die russische Führung die Schweiz in den letzten Jahren immer mit Respekt behandelt.

In Anbetracht der Jahrhunderte dauernden Beziehungen und Freundschaften zwischen der Schweiz und Russland – erwähnt seien der Admiral Peters des Grossen, der Genfer F. J. Lefort (1656–1699), der Oberst und Erzieher des Grossfürsten Alexander, der Waadtländer F. C. de Laharpe (1754–1838) und der General und militärische Berater verschiedener Zaren, der Waadtländer Antoine-Henri Jomini (1779–1869) – ist Russland in dieser schwierigen Zeit für die Schweiz der ideale Rüstungslieferant.

Quellen

1) Jana Honkova, Current Developments in Russia's Ballistic Missile Defense, The Marshall Institute, 2013, S. 10/11.



Roland Keller, Herausgeber.
presse@basler-liberale-nachrichten.ch



Gotthard Frick, Freier Mitarbeiter
Sicherheit und Militär



Dr. A. Roger Hoeren, Bangkok/Thl
Mitherausgeber
roger@basler-liberale-nachrichten.ch



Dr. Thierry Meissan, Damaskus/Syrien
Freier Mitarbeiter
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch



Prof. Dr. Hans Geiger,
Banken und Wirtschaft
hansgeiger@bluewin.ch



Martin Weber,
Lektorat.
martin@basler-liberale-nachrichten.ch



Osman H. Gilani, Peshawar
Freier Mitarbeiter
Pakistan, Indien, Iran.
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

Nützliche Links

Presse:

<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.dw.com/de/themen/s-9077>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.klartext.ch/>
<http://www.epochtimes.de>
<http://www.rolandtichy.de>
<http://www.frank-schaeffler.de>
<http://unser-mittleuropa.com>
<http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter.html>
<http://www.neues-deutschland.de>
<http://www.osservatoreromano.va/de>
<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.tachles.ch>
<http://www.jpost.com> Jerusalempost
<http://www.juedische-allgemeine.de>
<http://www.zeit.de/index>
<http://www.eva-herman.net>

Handel:

<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.mmnews.de>

Parlamente:

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>
<http://www.bundestag.de>
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Technik:

<http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2416920,00.asp>
<https://www.apple.com/chde/retail/freiestrasse/>

Militär:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-verteidigung-bevoelkerungsschutz-sport-vbs.html>
<http://www.asmz.ch>
<http://www.schweizer-soldat.ch>
http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/de/home/dokumentation/publik_zeitschr/military_power_revue.html
<http://www.deagel.com>
<http://offiziere.ch>

Internet:

<http://www.wieistmeineip.ch>
<https://www.youtube.com/?hl=de&gl=DE>

Diverses:

<https://www.pinterest.com>
<http://de.gatestoneinstitute.org>

Inhalt

Editorial

Mein Brief an die Bundespräsidentin
USA: Fliegender Wechsel - Trumps Personal fliegt reihenweise
Die CIA verweigert dem Stellvertreter von General Flynn den Zugang zum NSC

Advisers around Trump Jared Kushner's Mission Impossible

President Trump has given his son-in-law the hardest job in the world: making peace in the Middle East. Does he have a prayer?

Das Umfeld Trumps Stephen Miller, US-Politikberater

Stephen Miller (* 1985 in Santa Monica, Kalifornien) ist als Donald Trumps Senior Advisor to the President of the United States einer der engsten Berater des Präsidenten und zudem dessen Redenschreiber. Miller prägte Trumps Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 2016 entscheidend mit. Zuvor war der als erzkonservativ geltende Miller u. a. Berater des designierten US-Justizministers Jeff Sessions gewesen.

USA Hintergrund: Der lange Schatten der Sally Yates

Eine aufrichtige Juristin wird zur grossen Gefahr für US-Präsident Donald Trump.

Materielle Grundlagen der Macht

Die vielfache Planung und Steuerung der britischen und US-amerikanischen Politik durch elitäre Hintergrundkreise, insbesondere okkulte Gesellschaften, ist hier schon in mehreren Artikeln nachgewiesen worden. „In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war“, lautet ein bekannter Hinweis Franklin D. Roosevelts

Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet.

Es ist das Ziel der „Basler Liberale Nachrichten“, Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ ist ein Vertreter einer liberalen und pluralen Meinungsvielfalt.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der „Basler Liberalen Nachrichten“.

Rechtshinweise:

„Basler Liberale Nachrichten“ (BLN) ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten Email und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

Artikel 10, Freiheit der Meinungsäusserung. Abschnitt 1 – Rechte und Freiheiten (Art.2 – 18 Auszug) Publiziert: 04.11 1950.

(1)

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk, Fernseh oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2)

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

2)

Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der „Basler Liberale Nachrichten“. Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementverbund sind, ist nicht gestattet. Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)

Die „Basler Liberalen Nachrichten“ übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)

Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Basler Liberalen Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen,

die elektronische Verbreitung, und die Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben vorbehalten.

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels EMail oder Onlineformular Kontakt mit „BaslerLiberaleNachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, daß Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per EMail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.

Haftungsausschluß:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autoren liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Autor das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in

anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist Schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UNKaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz der Betreiberin des Magazins und Website. Die Verhandlungssprache ist ausschliesslich Deutsch.

Die Betreiberin des Magazins und Website, kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, den 3. Januar 201216

Erweiterte Nutzungsbedingungen Basler Liberale Nachrichten

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiterverwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:

Name des Autors: xxx,

Quelle: „Basler Liberale Nachrichten“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:
blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

BLN 11. August 2016

Das Copyright dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt, bei den
„Basler Liberalen Nachrichten“,
Roland Keller, CH4001Basel / SCHWEIZ

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.

Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

License: CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten – das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits- und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.